

Alternative für Deutschland

Satzung des Landesverbandes Bayern

Die Satzung wurde am 19.04.2015 beschlossen.

Am 27.02.2016 wurde § 11 geändert.

Am 23.07.2016 wurde § 2 Abs. 3 und § 7 „Aufstellungsversammlungen für öffentliche Wahlen“ eingefügt.

Am 20.11.2016 wurde § 7 Absatz 5 geändert.

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet	3
§ 2	Mitgliedschaft	3
§ 3	Gliederung	3
§ 4	Organe des Landesverbandes	4
§ 5	Landesparteitag	4
	Allgemeines	4
	Einberufung	5
	Eröffnung, Tagesordnung	6
	Wahlen	6
	Abwahl	6
	Beschlussfassung	6
§ 6	Wahl von Bundesdelegierten	7
§ 7	Aufstellungsversammlungen für öffentliche Wahlen	7
§ 8	Mitgliederversammlungen der Gebietsverbände	7
§ 9	Landesvorstand	8
§ 10	Rechte und Pflichten des Landesvorstands	8
§ 11	Sitzungen und Beschlüsse des Landesvorstandes	9
§ 12	Vorstand des Gebietsverbands	9
§ 13	Ordnungsmaßnahmen	9
§ 14	Landesschiedsgericht	10
§ 15	Landesfachausschüsse	10
§ 16	Landesprogrammkommission	10
§ 17	Mitgliederentscheid und Mitgliederbefragung	10
§ 18	Koalitionsvereinbarungen	11
§ 19	Unabhängigkeit der Landesvorstände	11
§ 20	Häufung von Vorstandsämtern	11
§ 21	Beschränkung des Berufspolitikertums	11
§ 22	Nebentätigkeiten und Lobbyismus	12
§ 23	Junge Alternative Bayern	12
§ 24	Inkrafttreten	12

§ 1 Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet

- (1) Die Partei führt den Namen Alternative für Deutschland mit der nachgestellten Landesbezeichnung Bayern. Die Kurzbezeichnung der Partei lautet AfD Bayern.
- (2) Der Landesverband hat seinen Sitz in München. Das Tätigkeitsgebiet entspricht dem Freistaat Bayern.
- (3) Das Wirtschaftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

§ 2 Mitgliedschaft

- (1) Für die Mitgliedschaft gelten die Bestimmungen der Bundessatzung in ihrer jeweils gültigen Fassung.
- (2) Die für die Aufnahme der Mitglieder des Landesverbandes zuständige Gliederung ist der Kreisverband.
- (3) Antragsteller auf Mitgliedschaft, deren Mitgliedschaft in einer anderen Partei weniger als 12 Monate zurück liegt, werden ausschließlich als Fördermitglieder aufgenommen. Zum Zeitpunkt des Ablaufs dieser 12 Monats-Frist, kann das Fördermitglied auf Antrag als Vollmitglied aufgenommen werden.“

§ 3 Gliederung

- (1) Der Landesverband gliedert sich in Bezirks- Kreis- und Ortsverbände.
Der Kreisverband ist der Gebietsverband der AfD in den Grenzen eines oder mehrerer Landkreise und/oder einer oder mehrerer kreisfreien Städte. Die Tätigkeit eines Bezirksverbandes erstreckt sich auf das Gebiet des jeweiligen Regierungsbezirks. Ausnahmen genehmigt der Landesvorstand.
- (2) Die Gründung eines Kreis- oder Ortsverbandes setzt die Mitgliedschaft von mindestens 15 Mitgliedern im Bereich des zu gründenden Kreis/Ortsverbandes voraus. Die Gründung erfolgt auf Beschluss der Mehrheit der auf einer Mitgliederversammlung anwesenden, in den Grenzen des betreffenden neuen Gebietsverbandes wohnhaften Mitglieder und bedarf der Genehmigung des Bezirksvorstands. Verweigert der Bezirksvorstand seine Zustimmung zur Gründung der Gliederung, so entscheidet auf Antrag der betroffenen Mitglieder der Landesvorstand. Die Ladung hat auf Antrag von 5 Mitgliedern der zu gründenden Gliederung zeitnah durch den Vorstand der nächsthöheren Gliederungsebene zu erfolgen.
- (3) Die Bezirks- und Kreisverbände haben Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie. Ihre Satzungen dürfen den Satzungen der übergeordneten Gebietsverbände jedoch nicht widersprechen.

- (4) Die Kreisverbände können Ortsverbände als rechtlich unselbständige Gebietsverbände gründen. Die Gründung eines Ortsverbandes setzt die Mitgliedschaft von mindestens 7 Mitgliedern im Bereich des zu gründenden Ortsverbandes voraus. Ortsverbände sind die Organisation der AfD im Bereich einer oder mehrerer aneinander angrenzenden politischen Gemeinden oder in einem oder mehreren aneinander angrenzenden Stadtteilen. Die Gründung erfolgt auf Beschluss der Mehrheit der auf einer Mitgliederversammlung anwesenden, in den Grenzen des betreffenden neuen Gebietsverbandes wohnhaften Mitglieder und bedarf der Genehmigung des Bezirksvorstands. Die Ladung hat auf Antrag von 7 Mitgliedern der zu gründenden Gliederung zeitnah durch den Vorstand der nächsthöheren Gliederungsebene zu erfolgen. Verweigert der Bezirksvorstand seine Zustimmung zur Gründung der Gliederung, so entscheidet auf Antrag der betroffenen Mitglieder der Landesvorstand. Der Bezirksvorstand hat innerhalb von drei Wochen zu der erforderlich gewordenen Mitgliederversammlung zu laden, welche innerhalb von weiteren sechs Wochen stattfinden muss.
- (5) Spaltet sich eine Gliederungsebene auf, werden das Vermögen und die Verbindlichkeiten zum Stichtag der Gründung durch die Anzahl der Mitglieder geteilt.

§ 4 Organe des Landesverbandes

Organe des Landesverbandes sind der Landesparteitag und der Landesvorstand.

§ 5 Landesparteitag

Allgemeines

- (1) Der Landesparteitag ist das oberste Organ des Landesverbandes.
- (2) Aufgaben des Landesparteitages sind die Beratung und Beschlussfassung über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen des Landesverbandes.
- (3) Der Landesvorstand entscheidet, ob ein Landesparteitag als Mitgliederparteitag oder als Delegiertenparteitag einzuberufen ist, soweit nicht der Landesparteitag eine Festlegung getroffen hat.

(4) Delegiertenparteitag

Delegiertenparteitage finden mit folgender Zusammensetzung statt:

- a) Die Mitglieder des Landesvorstandes sind kraft Satzung Mitglieder des Landesparteitages.
- b) Jeder Kreisverband entsendet einen stimmberechtigten Delegierten je angefangene 15 Mitglieder. Es ist auf den Mitgliederbestand zum Ende des vorletzten Quartals vor dem Landesparteitag abzustellen. Bei Erhöhung oder Verringerung der Mitgliederzahl seit der letzten Delegiertenwahl rücken Ersatzdelegierte zu Delegierten auf oder umgekehrt. Die Delegierten werden von den Mitgliedern der Kreisverbände für jeweils zwei Jahre gewählt und bleiben bis zur Neuwahl im Amt. Sie müssen selbst Mitglied der Partei sein. Die Kreisverbände haben die Ergebnisse von Delegiertenwahlen

- unverzüglich dem Landesvorstand zu melden. Jeder stimmberechtigte Teilnehmer besitzt maximal einfaches Stimmrecht. Eine Stimmrechtsübertragung ist nicht zulässig.
- c) Es soll eine gleiche Anzahl von Ersatzdelegierten gemäß b) gewählt werden.

- (5) Der Landesparteitag nimmt jährlich den Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes entgegen. Der finanzielle Teil des Berichtes ist durch die gewählten Rechnungsprüfer zu überprüfen und das Ergebnis dem Parteitag vorzutragen. Dieser entscheidet anschließend über die Entlastung des Landesvorstandes. Der finanzielle Teil des Tätigkeitsberichts ist allen Mitgliedern mit der Einladung zum Landesparteitag zu übersenden.
- Bei einem Wechsel des Schatzmeisters ist ein finanzieller Rechenschaftsbericht vorzulegen.

Einberufung

- (6) Ein ordentlicher Landessparteitag wird vom Landesvorstand unter Mitteilung der vorläufigen Tagesordnung, des Tagungsortes, des Datums und der Uhrzeit mit einer Frist von mindestens drei Wochen an die Mitglieder/Delegierten schriftlich einberufen. Eine Einladung per E-Mail ist möglich, sofern das Mitglied eine E-Mail Adresse hinterlegt hat. Die zum Verständnis der Tagesordnungspunkte erforderlichen Unterlagen sind mit zugänglich zu machen. Im Falle einer Verlegung muss in der gleichen Art eingeladen und eine Frist von zwei Wochen gewahrt werden.
- (7) Durch Beschluss können Bezirks- und Kreisvorstände bis zwei Wochen vor dem Parteitag eine Ergänzung der vorläufigen Tagesordnung beim Landesvorstand beantragen. Dies gilt ebenso für mindestens zehn stimmberechtigte Mitglieder oder fünf Delegierte. Dem Antrag ist eine Begründung beizufügen, welche den Mitgliedern/ Delegierten mit einer Frist von einer Woche vor dem Landesparteitag mitzuteilen ist. Der Landesvorstand kann dem Antrag eine eigene Stellungnahme beifügen.
- (8) Der Landesparteitag wird mindestens einmal im Kalenderjahr unter Beachtung der Fristen nach Absatz 6 einberufen.
- Ein außerordentlicher Landesparteitag muss darüber hinaus unverzüglich einberufen werden, wenn dies schriftlich unter Angabe der gewünschten Tagesordnung beantragt wird
- a) von mindestens zehn Kreisvorständen oder Kreisverbänden,
 - b) von mindestens drei Bezirksvorständen oder Bezirksverbänden,
 - c) durch mindestens fünf Prozent aller Mitglieder oder
 - d) wenn der Landesvorstand es mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt.
- Landesparteitage sollen am Wochenende terminiert werden und sollen von allen Mitgliedern angemessen erreichbar sein.
- Bei einem außerordentlichen Landesparteitag kann die Ladungsfrist bis auf eine Woche verkürzt werden, wenn der Anlass der Einberufung besonders eilbedürftig ist. Die Eilbedürftigkeit ist in der Einladung zu begründen.
- (9) Zwischen außerordentlichen Landesparteitagen muss ein Mindestzeitraum von drei Monaten liegen, es sei denn, der Landesvorstand beschließt einen kürzeren zeitlichen Abstand.

Eröffnung, Tagesordnung

- (10) Der Landesparteitag wird durch einen Vertreter des Landesvorstandes eröffnet. Seine Aufgabe besteht ausschließlich darin, die Wahl einer Versammlungsleitung durchzuführen.
- (11) Nach der Wahl der Versammlungsleitung beschließt der Landesparteitag über die endgültige Tagesordnung. Hierzu können
 - a) Tagesordnungspunkte gestrichen,
 - b) die Reihenfolge geändert oder
 - c) gemäß Absatz 7 beantragte Tagesordnungspunkte aufgenommen werden.

Wahlen

- (12) Der Landesparteitag wählt den Landesvorstand in jedem zweiten Kalenderjahr. Werden einzelne Mitglieder nachgewählt, richtet sich ihre Amtszeit nach der verbliebenen Amtszeit des Gesamtvorstands. Die Gewählten bleiben bis zur Wahl der Nachfolger im Amt.

Abwahl

- (13) Der Landesparteitag kann den Landesvorstand oder einzelne seiner Mitglieder mit Zweidrittelmehrheit abwählen. Ein Antrag auf Abwahl kann nur gestellt werden, wenn er mindestens zwei Wochen vor Beginn des Landesparteitages beim Landesvorstand eingegangen und von mindestens drei Prozent der Mitglieder namentlich unterzeichnet ist. Der Landesvorstand hat unverzüglich alle stimmberechtigten Mitglieder bzw. Delegierten auf den Eingang eines Antrags auf Abwahl hinzuweisen.

Beschlussfassung

- (14) Der Landesparteitag ist unabhängig von der Zahl der tatsächlich erschienenen Mitglieder/Delegierten beschlussfähig. Wird festgestellt, dass weniger als die Hälfte der akkreditierten stimmberechtigten Mitglieder/Delegierte anwesend ist, ist das Tagungspräsidium befugt, die Versammlung zu unterbrechen, zu vertagen oder zu beenden. Macht das Tagungspräsidium davon keinen Gebrauch, entscheidet der Parteitag auf Antrag mit einfacher Mehrheit, ob die Versammlung unterbrochen, vertagt oder beendet werden soll.
- (15) Entscheidungen über Satzungsänderungen bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Ungültige Stimmabgaben und Enthaltungen zählen dabei nicht mit. Über einen Antrag auf Satzungsänderung kann nicht auf einem außerordentlichen Parteitag verhandelt werden. Ein Antrag auf Satzungsänderung muss mindestens zwei Wochen vor Beginn des Landesparteitages beim Landesvorstand eingegangen sein. Satzungsanträge, die aufgrund einer Empfehlung einer Behörde der Bundesrepublik Deutschland erfolgen, können auch ohne Antragsfrist auf dem Parteitag zur Abstimmung gestellt werden.
- (16) Die Auflösung des Landesverbandes oder die Verschmelzung mit einer anderen Partei bedarf der Zustimmung des Landesparteitags mit einer Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Über einen Antrag auf Auflösung oder Verschmelzung kann nur abgestimmt werden, wenn er mindestens zwei Wochen vor Beginn des Landesparteitages beim Landesvorstand eingegangen ist.

- (17) Ein Beschluss über die Auflösung oder Verschmelzung des Landesverbandes bedarf zur Rechtskraft der Zustimmung eines Bundesparteitages.

§ 6 Wahl von Bundesdelegierten

- (1) Delegierte für Bundesparteitage werden für höchstens zwei Jahre durch die Kreisversammlungen aus ihrer Mitte gewählt. Die Delegierten bleiben bis zur Neuwahl im Amt. Die Versammlung wählt die vorgegebene Anzahl von Delegierten und soll mindestens die doppelte Anzahl von Ersatzdelegierten wählen. Die Anzahl der in den Kreisverbänden zu wählenden Delegierten ergibt sich aus der Anzahl der Bundesdelegierten, die der Landesverband Bayern zu entsenden hat. Die Verteilung der Delegierten über die Kreisverbände wird nach Hare-Niemeyer vorgenommen. Maßgeblich ist dabei der Mitgliederbestand am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.
- (2) Den Bundesdelegierten werden Reisekosten erstattet, sofern dies die Kreisverbände in Anwendung des § 11 Abs. 25 der Bundessatzung beschließen.

§ 7 Aufstellungsversammlungen für öffentliche Wahlen

- (1) Bei der Durchführung der Wahlversammlungen sind vorrangig die Bestimmungen der Wahlgesetze zu beachten. Im Übrigen gelten die Satzungen und Ordnungen der Partei.
- (2) Die Wahlversammlungen werden als Mitgliederversammlungen einberufen.
- (3) Die Ladungsfrist beträgt mindestens vier Wochen.
- (4) Die Aufstellungsversammlung in einem Wahlkreis zur Wahl des Direktkandidaten für den Bundestag wird von dem Kreisvorstand, hilfsweise von dem Kreisvorsitzenden des Kreisverbands, dem die meisten Mitglieder im Wahlkreis angehören, im Benehmen mit den übrigen Kreisvorsitzenden einberufen. Ist zu befürchten, dass der Kreisvorsitzende dieser Pflicht nicht nachkommt, können alternativ der Bezirks- oder Landesvorsitzende einladen.
- (5) Die Aufstellungsversammlung zur Wahl einer bayerischen Landesliste zur Bundestagswahl darf nicht früher als 18 Wochen vor dem Termin der durch den Bundeswahlleiter festgelegten Frist zur spätesten Einreichung der Landeslisten durch die Partei erfolgen.

§ 8 Mitgliederversammlungen der Gebietsverbände

- (1) Die Bestimmungen zum Landesparteitag gelten entsprechend für die Mitgliederversammlungen der Gebietsverbände, soweit keine anderweitigen Regelungen entgegenstehen. Die Mitgliederversammlung einer Gliederung ist das oberste Organ der Gliederung. Die Ladungsfrist für die Mitgliederversammlung der Gebietsverbände beträgt mit Ausnahme der Aufstellungsversammlungen für öffentliche Wahlen nach § 7 mindestens zwei Wochen.
- (2) Das Antragsrecht gemäß § 5 Abs. 7 steht 1% der stimmberechtigten Mitglieder, mindestens jedoch fünf stimmberechtigten Mitgliedern der jeweiligen Gebietsverbände zu.

- (3) In Abänderung von § 5 Abs. 8 können außerordentliche Mitgliederversammlungen einberufen werden auf Beschluss des Bezirksvorstands für seinen Bezirk, eines Kreisvorstands für seinen Kreis. Die Einberufung ist auch vorzunehmen, wenn 100 Mitglieder oder mindestens 10% der Mitglieder des jeweiligen Gebietsverbandes dies beantragen.
- (4) Soweit Ortsverbände vorhanden sind, gelten die vorbezeichneten Bestimmungen entsprechend.

§ 9 Landesvorstand

- (1) Der Landesvorstand besteht aus
 - a) einem Vorsitzenden (Sprecher)
 - b) drei stellvertretenden Vorsitzenden (stellvertretenden Sprechern)
 - c) dem Schatzmeister
 - d) dem stellvertretenden Schatzmeister
 - e) dem Schriftführer
 - f) dem stellvertretenden Schriftführer
 - g) bis zu sieben weiteren Vorständen.
- (2) Scheidet der Vorsitzende gleich aus welchem Grund aus dem Amt aus, kann der verbleibende Restvorstand ein Vorstandsmitglied aus seinen Reihen wählen, das an die Stelle des Ausgeschiedenen tritt. Der verbliebene Landesvorstand hat unverzüglich einen Landesparteitag für eine Nachwahl einzuberufen. Dieser Parteitag hat höchstens vier Monate nach dem Ausscheiden stattzufinden
- (3) Für ausgeschiedene Mitglieder des Landesvorstandes ist spätestens auf dem nächsten ordentlichen Landesparteitag eine Nachwahl vorzunehmen.
- (4) Der Landesvorstand kann durch Beschluss weitere Mitglieder ohne Stimmrecht kooptieren.
- (5) Der Landesvorstand kann mit 2/3 Mehrheit beschließen, einen Landesparteitag einzuberufen, auf dem er einen Antrag zur sofortigen Neuwahl des Vorstandes einbringt. Der Landesparteitag entscheidet über diesen Antrag mit einfacher Mehrheit.

§ 10 Rechte und Pflichten des Landesvorstands

- (1) Der Landesvorstand leitet den Landesverband Bayern der Alternative für Deutschland. Er führt die Geschäfte auf der Grundlage der Beschlüsse des Landesparteitags.
- (2) Der Landesschatzmeister ist für die Finanz- und Vermögensverwaltung und die Haushaltsbewirtschaftung zuständig. Der Landesschatzmeister berichtet dem Landesvorstand regelmäßig und umfassend über alle finanziellen Angelegenheiten der Partei.
- (3) Der Landesverband wird durch zwei Mitglieder des Landesvorstandes, darunter mindestens der Vorsitzende oder ein Stellvertretender Vorsitzender oder der Schatzmeister gemeinsam gerichtlich und außergerichtlich vertreten.

- (4) Der Landesvorstand kann ein Mitglied der Partei zum Landesgeschäftsführer berufen und ihn ggf. wieder abberufen. Der Landesgeschäftsführer ist für den Vollzug der Beschlüsse des Landesvorstandes und die allgemeine Verwaltung der Partei zuständig. Wird ein Mitglied des Landesvorstandes zum Landesgeschäftsführer gewählt, hat der Gewählte sein Amt als Vorstandsmitglied niederzulegen.

§ 11 Sitzungen und Beschlüsse des Landesvorstandes

- (1) Der Landesvorstand wird durch den Vorsitzenden oder einen seiner Stellvertreter unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Auf Verlangen der Hälfte der Vorstandsmitglieder muss eine Vorstandssitzung innerhalb von sieben Tagen stattfinden.
- (2) Der Landesvorstand ist beschlussfähig, wenn der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter und insgesamt die Hälfte der übrigen Mitglieder teilnehmen.
- (3) Der Landesvorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit der teilnehmenden Mitglieder. Die Abstimmung kann auch schriftlich, telefonisch oder elektronisch im Umlaufverfahren durchgeführt werden. Abstimmungen und ihre Ergebnisse sind zu dokumentieren. Beschlüsse im Umlaufverfahren sind im Protokoll der nächsten Vorstandssitzung zu erfassen.

§ 12 Vorstand des Gebietsverbands

- (1) Der Vorstand eines Gebietsverbands besteht mindestens aus
 - a) einem Vorsitzenden (Sprecher)
 - b) einem Stellvertreter
 - c) einem Schatzmeister oder einem Kassenführer bei unselbstständigen Gliederungen.
- (2) Der Vorstand einer Gliederung ist beschlussunfähig, wenn er nicht aus mindestens drei gewählten Mitgliedern besteht. Hat ein Gebietsverband keinen Vorstand oder ist der gewählte Vorstand beschluss- oder handlungsunfähig, so muss unverzüglich der Vorstand der jeweils höheren Gliederungsebene mit einer Ladungsfrist von zwei Wochen zu einer Mitgliederversammlung einladen, auf der ein neuer, bzw. beschluss- oder handlungsfähiger Vorstand zu wählen ist.
- (3) Im Übrigen gelten entsprechend die Regelungen des § 9 Absatz 3 bis 5, § 10 Absatz 1 bis 3. § 11 Abs. 1 und Abs. 3 gelten entsprechend. § 11 Abs. 2 gilt für Kreisverbände in Form einer 1/3 Anwesenheit.

§ 13 Ordnungsmaßnahmen

Es gelten die Bestimmungen der Bundessatzung in ihrer jeweils gültigen Fassung.

§ 14 Landesschiedsgericht

Die Zusammensetzung des Landesschiedsgerichts und sein Verfahren werden durch die Schiedsgerichtsordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung geregelt.

§ 15 Landesfachausschüsse

- (1) Der Landesvorstand beschließt die Bildung und den inhaltlichen Zuschnitt von Landesfachausschüssen. Die Auflösung der Landesfachausschüsse kann der Landesvorstand mit $\frac{3}{4}$ Mehrheit beschließen. Vor der Beschlussfassung ist der Sprecher oder einer seiner Stellvertreter des betroffenen Landesfachausschusses vom Landesvorstand zwingend zu hören. Der Auflösungsbeschluss ist zu begründen.
- (2) Aufgabe der Landesfachausschüsse ist es, programmatische Aussagen der Partei zu entwickeln und den Landesvorstand sachverständig zu beraten. Ihre Tätigkeit richtet sich nach einer vom Landesvorstand zu beschließenden Geschäftsordnung.

§ 16 Landesprogrammkommission

- (1) Die Landesprogrammkommission besteht aus zwei vom Landesvorstand und je zwei von jedem Bezirksvorstand benannten Mitgliedern, sowie den Sprechern der Landesfachausschüsse. Ihre Tätigkeit richtet sich nach einer vom Landesvorstand zu beschließenden Geschäftsordnung.
- (2) Die Landesprogrammkommission hat die Aufgabe, Programmvorschläge für die Landespolitik zu entwickeln. Sie fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit ihrer bei den Abstimmungen anwesenden Mitglieder. Minderheitenvoten mit einem Viertel der Stimmen der bei der Abstimmung anwesenden Mitglieder sind als gleichberechtigte Voten zu berücksichtigen.
- (3) Über die gefassten Beschlüsse einschließlich der Minderheitenvoten ist nach Zustimmung durch den Landesvorstand eine Mitgliederbefragung durchzuführen.
- (4) Das Ergebnis der Mitgliederbefragung ist von der Landesprogrammkommission in den Programmentwurf für den Landesparteitag einzuarbeiten.

§ 17 Mitgliederentscheid und Mitgliederbefragung

- (1) **Mitgliederentscheid**
Über Fragen der Politik und Organisation der Partei kann ein Mitgliederentscheid herbeigeführt werden. Der Mitgliederentscheid steht dem Beschluss eines Landesparteitages gleich. Die Abstimmung erfolgt per Brief- und /oder Urnenwahl.
- (2) **Mitgliederbefragung**
Über Fragen der Politik und Organisation der Partei einschließlich des Programms, der Satzung und Satzungsnebenordnungen kann auf Landesebene eine Mitgliederbefragung durchgeführt werden.
Die Mitgliederbefragung hat empfehlenden Charakter. Die Abstimmung kann online erfolgen.

(3) **Antrag**

Soweit dies in der Satzung vorgesehen ist, finden der Mitgliederentscheid und die Mitgliederbefragung auf Antrag des Landesvorstandes, im Übrigen auf Antrag

- a) von drei von Hundert der Mitglieder oder
- b) von acht Kreisvorständen oder
- c) von drei Bezirksvorständen oder
- d) des Landesparteitages
statt.

(4) **Antragsschrift**

Die Antragsteller legen durch die Antragsschrift fest,

- a) ob ein Mitgliederentscheid oder eine Mitgliederbefragung beantragt wird,
- b) über welche mit „Ja“ oder „Nein“ zu entscheidende Frage abgestimmt werden soll.

(5) **Verfahrensordnung**

Die Einzelheiten werden in der Verfahrensordnung für Mitgliederbefragungen und Mitgliederentscheide geregelt, die der Landesvorstand beschließt.

§ 18 Koalitionsvereinbarungen

Koalitionsvereinbarungen bedürfen der Zustimmung durch Mitgliederentscheid.

§ 19 Unabhängigkeit der Landesvorstände

Ein Mitglied des Landesvorstandes darf weder beruflich noch finanziell von der Partei abhängig sein. Ein Mitglied des Landesvorstandes darf nicht in einem Beschäftigungsverhältnis zu Abgeordneten oder Fraktionen im Europaparlament, Deutschen Bundestag, einem Landtag oder einem anderen Vorstandsmitglied stehen.

§ 20 Häufung von Vorstandsämtern

- (1) Der Landesvorsitzende kann nicht gleichzeitig Vorsitzender einer untergeordneten Gliederung sein.
- (2) Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordnete (Mandatsträger) dürfen nicht in mehr als einer Gliederung Vorsitzende des Vorstands sein.

§ 21 Beschränkung des Berufspolitikertums

- (1) Parteimitglieder, welche bereits zwei volle Legislaturperioden Mitglied des bayerischen Landtags waren, sollen nur dann nochmals für den Landtag kandidieren, wenn sie vor der Wahl erklären, ihre Wahl nur anzunehmen, falls sie ab der dritten Legislaturperiode mit einer Mehrheit von 60 % gültigen Stimmen gewählt werden.

- (2) Parteimitglieder sollen vor Ihrer Kandidatur für ein Mandat mindestens 5 Jahre in einem Beruf tätig gewesen sein. Bezahlte Tätigkeiten in der Politik oder einer Partei gelten hier nicht als anrechenbarer Beruf.
- (3) Bei Aufstellungsversammlungen für die Landeslisten zu Bundestagswahlen und für die Bezirkslisten zu Landtags- bzw. Bezirkswahl sollen nur diejenigen kandidieren, die in ihrem Wahl- bzw. Stimmkreis als Direkt- oder Ersatzkandidaten nominiert wurden.

§ 22 Nebentätigkeiten und Lobbyismus

Es gelten die Regelungen der Bundessatzung in ihrer jeweiligen Fassung.

§ 23 Junge Alternative Bayern

- (1) Die Junge Alternative für Deutschland - Bayern (JA Bayern) ist die Jugendorganisation des Landesverbandes der AfD.
- (2) Die JA Bayern ist ein organisatorischer Zusammenschluss mit dem Ziel, das Gedankengut der AfD in ihrem Wirkungskreis zu verbreiten und dient als Vertretung junger Menschen und Innovationsmotor in der Partei.
- (3) Die JA Bayern hat das Recht, Anträge an die Organe des Landesverbandes und seine Gliederungen zu stellen.
- (4) Die Tätigkeit JA Bayern darf den Grundsätzen der AfD und ihren Satzungen nicht widersprechen.
- (5) Vorstandsmitglieder der JA Bayern müssen der AfD Bayern angehören. Darüber gibt die Mitgliederverwaltung der AfD Bayern auf Anfrage Auskunft.
- (6) Der Landesvorstand der AfD Bayern soll einen Vertreter der JA Bayern als Gast zu den Landesvorstandssitzungen einladen.
- (7) Der Landesvorstand der JA Bayern informiert den Landesvorstand der AfD Bayern fortlaufend über seine Tätigkeit. Auf allen Gliederungsebenen ist gegenseitige Zusammenarbeit zu gewährleisten.
- (8) Die Mitgliederverwaltung der AfD Bayern wird beauftragt, in Einzelfällen Mitgliederdaten mit der JA Bayern auszutauschen.

§ 24 Inkrafttreten

Die Satzung tritt mit Beschluss des Landesparteitags in Kraft.

Übergangsbestimmungen

Bis zur satzungsgemäßen Neuwahl wird die Struktur des amtierenden Landesvorstandes durch diese Satzung nicht verändert.

Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bestehenden Ausnahmen nach § 3 Absatz 1 gelten als genehmigt.